



## Protokollauszug

Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 10.02.2026

---

### TOP 7. Kindertagesstättenbedarfsplanung

Vorlage: 2026/006 Beschlussart: zur Kenntnis genommen

Herr Gebers führt nach Auswertung der diesjährigen Daten mit dem Schwerpunktthema „Demografie und die demografische Entwicklung im Landkreis Peine“ ein. Er informiert darüber, dass die prognostizierten Entwicklungen der Ausdruck eines strukturellen demografischen Wandels ist. Der Landkreis Peine ist hiervon überdurchschnittlich betroffen. Im nächsten Punkt spricht Herr Gebers von den möglichen Ursachen und Schlussfolgerungen für die Kindertagesstätten-Bedarfsplanung.

Frau Peukert stellt die Chancen des demografischen Wandels für den Ausbau der Kindertagesstätten vor. Sie berichtet von der Chance, dass kleine Gruppen Möglichkeiten, für mehr individuelle Förderung und folglich eine Erhöhung der Qualität bieten. Die Existenz freier Plätze sollte nicht dazu führen, dass Einrichtungen geschlossen werden. Vielmehr sollte es positiv genutzt werden, dass Fachkräfte mehr Zeit für die Arbeit am Kind haben. Dadurch kann mehr auf die Bedürfnisse der Kinder eingegangen werden, was zu einer größeren Stabilität führt und auch präventive Angebote können gestaltet werden. Es entstehen Möglichkeiten, dass Integration und Inklusion schneller ermöglicht wird. Zusätzlich kann es zur Entlastung der Fachkräfte und mehr Konstanz in der Betreuung führen.

Herr Steckel bestätigt die Aussagen von Frau Peukert und äußert, dass Erzieherinnen und Erzieher seit Jahren kleinere Gruppen fordern. Der niedersächsische Landkreistag und die Kommunen stellen aber keine weitergehende Finanzierung sicher und es sind bereits jetzt Defizite in der Finanzierung der Kindertagesstätten gegeben.

Frau Jahns zeigt einleitend anhand einer Karte des Landkreises die Verteilung der Bevölkerung in den jeweiligen Ortsteilen auf. Im Anschluss werden die Zahlen zum Stichtag 01.10.2025 über die Auslastung der Einrichtungen vorgestellt. Frau Jahns ergänzt, dass in der anschließend präsentierten Prognose lediglich der gesamte Landkreis zusammengefasst wurde. Es gibt Gebiets-einheiten in denen weiterhin nicht ausreichend Plätze angeboten werden können. Ein weiterer Fokus liegt in diesem Jahr auf Einrichtungen die inklusiv ausgerichtete Plätze zur Verfügung stellen, sodass diese zusätzlich aufgezeigt werden.

Abschließend stellt Herr Gebers die Empfehlungen für die weitere Kindertagesstätten-Bedarfsplanung vor. Es wird empfohlen, die Einrichtung von Plätzen in den Sozialräumen nachfragegerecht zu priorisieren, um die soziale Anbindung der Kinder zu stärken. Es wird mehr Flexibilität in den Gruppenformen benötigt und es sollten keine weiteren pauschalisierten Ausbaupläne aufgestellt werden. Die vorhandenen Ressourcen sollten zur Realisierung der von Frau Peukert genannten Chancen genutzt werden. Investitionen im frühkindlichen Bereich sind Investitionen für die Zukunft.

Ausschussvorsitzender KTA M. Meyer bedankt sich für die Präsentation und erkundigt sich nach weiteren Fragen hierzu.

Fau Denecke bezieht sich auf die Aussage, dass die Familienplanung statistisch gesehen oft aufgeschoben oder vermieden wird, aufgrund der unzureichenden Betreuungsmöglichkeiten. Wie deckt sich diese Äußerung mit der Prognose der Bedarfsdeckung?

Herr Gebers bedankt sich für die wichtige Frage und erläutert, dass es sich bei den Ursachen für die demografische Entwicklung um den aktuellen Stand handelt. Ergänzend fügt Herr Gebers hinzu, dass Eltern gemerkt haben, was passiert, wenn Einrichtungen wie in der Zeit unter Corona schließen. In letzter Konsequenz sind immer die Eltern allein in der Verantwortung die Betreuung sicherzustellen, was ggf. zu derartigen Entscheidungen führt.

Frau Plett fügt hinzu, dass freie Krippenplätze auch den Vorteil einer unterjährigen Platzvergabe ermöglichen. Diese ist vor allem im Krippenbereich von großem Vorteil, weil die Einrichtungen die Eingewöhnung individuell gestalten können und keine Ballung vorliegt. Der Prozess der Eingewöhnung ist für alle Beteiligten kräftezehrend und ein individueller Ablauf kann viel bewirken. Das Wohl des Kindes benötigt hohe Qualität in den Betreuungssettings. Frau Plett merkt an, dass jede neue Vereinbarung eine Änderung der Betriebserlaubnis bedingt und äußert daher die Bitte, dass die Verwaltung an die Spitzenverbände herantritt, um die praktischen Anpassungen tatsächlich zu flexibilisieren. Integrationsplätze zu schaffen ist eine große Chance, aber es ist wünschenswert, dass die Verwaltung sich dann für den Ausbau der Ausbildung im heilpädagogischen Bereich stark macht. Angebote für die Ausbildungen sollten in der Region bereitgestellt werden.

DZL Prof. Dr. Friedrich berichtet, dass bereits eine Kooperation mit dem Landkreis Wolfenbüttel erarbeitet wird, um die Weiterqualifizierung ortsnah zu gestalten. Die gegenfinanzierte Qualifizierung zu Heilpädagoginnen und Heilpädagogen (IEB) soll durch die Kreisvolkshochschulen erfolgen und die Träger der Kindertagesstätten müssen nur die geeigneten Personen für den Zeitumfang freistellen.

FDL Zilling merkt an, dass im letzten Treffen der AGJÄ die von Frau Plett genannten Bedarfe bereits in der Landespolitik angekommen sind und regelmäßig transportiert werden.

KTA Lauenstein möchte wissen wie viele Inklusive Plätze es gibt und wie hoch der Bedarf ist. Wie kann der Bedarf an entsprechendem Personal ermittelt werden.

Herr Gebers erläutert hierzu, dass in den Berechnungen zu den Kohorten von 2,5 % bis 3 % ausgegangen wird, die WHO aber von einem Bedarf von 7 % ausgeht. Bei diesen Angaben handelt es sich immer nur um diagnostizierte Kinder, die Dunkelziffer wird vermutlich wesentlich höher sein. Eine genaue Aussage hierzu kann daher für das Kreisgebiet nicht getroffen werden.

KTA Weigand ergänzt, dass bei der Unterscheidung zwischen Inklusion und Integration besondere Achtsamkeit aufgebracht werden muss.

Herr Steckel berichtet aus seiner beruflichen Praxis von Einzelfällen, in denen Eltern bewusst auf eine Diagnostik für das Kind verzichtet haben. Aufgrund des Platzmangels an Integrationsplätzen und des Verfahrens bis hin zum Kostenanerkennen für derartige Plätze überwog die Angst den Behandlungsplatz zu verlieren. Es überwog dabei der berechnete Wunsch der Eltern überhaupt eine Förderung für das Kind zu erhalten, als die bedarfsgerechte Förderung anzustoßen.

Frau Peukert äußert, dass aufgrund der aktuellen Mangelverwaltung Verständnis für derartige Elternentscheidungen vorhanden ist, dass aber in für die Zukunft Hoffnung für eine bessere Gestaltung besteht.

Ausschussvorsitzender KTA M. Meyer bedankt sich für die Vorstellung und den regen und informativen Austausch.

Anlage 1      Anlage Protokoll Kindertagesstättenbedarf TOP 7